

BAYERISCHER OBERSTER RECHNUNGSHOF

Jahresbericht 2002

Kurzfassung *)



*) ohne Abschnitt I

II. Prüfungsergebnisse

A. Ressortübergreifende Ergebnisse

16 Nachversicherung ausgeschiedener Bediensteter

Der Vollzug der Nachversicherung für ohne Versorgung ausgeschiedene Bedienstete weist zahlreiche Mängel auf. Der ORH hält daher eine Neuorganisation mit dem Ziel erhöhter Verfahrenssicherheit und beschleunigter Abwicklung der Nachversicherung für erforderlich.

B. Ergebnisse aus den Geschäftsbereichen und der Staatskanzlei

Staatsministerium des Innern

17 Organisation und Personalbedarf beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Die Aufgaben der Statistik können von der Erhebung bis zur Auswertung viel stärker automatisiert werden. Damit könnten beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung kurz- und mittelfristig bis zu 100, langfristig noch erheblich mehr Stellen eingespart werden. Weitere Einsparungen und Qualitätsverbesserungen wären möglich, wenn der Bund und die Länder sowohl die IuK- als auch die Fachaufgaben effizienter bündeln würden.

18 Organisation der Polizeiinspektionen

Die derzeitige Organisation der Landespolizei bindet auf der Ebene der Inspektionen zu viele Polizeibeamte für Leitungs-, Organisations- und Verwaltungsfunktionen. Der ORH hat einen Vorschlag für eine Organisationsreform erarbeitet, der eine Umsetzung von knapp 300 Stellen in den Wach- und Streifendienst ermöglicht und durch eine effizientere Nutzung der vorhandenen Stellen zu mehr Sicherheit für den Bürger beiträgt.

19 Siedlungsmodelle Bayern

Mit dem Sonderprogramm „Siedlungsmodelle Bayern“ von 1995 wollte der Staat neue Wege zu preiswertem, ökologischem und sozialem Wohnen aufzeigen. Er hat dafür 102 Mio € aus den Privatisierungserlösen bereitgestellt. Obwohl bereits 93 % dieser Summe in Anspruch genommen wurden, waren zum 1. Januar 2002 erst 1 338 der ursprünglich beabsichtigten 6 375 Wohnungen erstellt. Wegen Vermarktungsschwierigkeiten wurden die Ziele geändert und vier Modellvorhaben bereits abgebrochen.

20 Projektförderung im kommunalen Straßenbau

Bei der Förderung des kommunalen Straßenbaus wählt die Verwaltung inzwischen nur noch bei großen und hoch bezuschussten Projekten die Anteilfinanzierung. Die Verwendungsnachweise hierfür müssen jedoch sorgfältiger geprüft werden, damit die vom ORH festgestellten Überzahlungen künftig vermieden werden.

Staatsministerium der Finanzen

21 Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen nach § 50 a Abs. 4 EStG

Die Steuererhebung bei beschränkt steuerpflichtigen ausländischen Berufssportlern, Künstlern, Künstlerverleihgesellschaften oder Rechteverwertungsgesellschaften im Abzugsverfahren nach § 50 a Abs. 4 EStG weist erhebliche Mängel auf. Bei zentraler Bearbeitung dieser Fälle könnten die erforderlichen Spezialkenntnisse und Erfahrungen gebündelt und die Arbeitsqualität verbessert werden. Zudem muss die Erfassung der einschlägigen Fälle optimiert werden. Der ORH empfiehlt hierzu eine IT-Unterstützung insbesondere bei der Auswertung der Medien und der Verbesserung des Kontrollmitteilungsverfahrens nach der Mitteilungsverordnung.

22 Finanzierung einer Filmhalle

Im Rahmen der Medienoffensive Bayern hat der Staat auf dem Gelände der Bavaria Film GmbH die Errichtung einer Spielfilmhalle mit Investitionskosten von 6,9 Mio € vollständig finanziert. Die Bavaria Film GmbH hätte sich entsprechend ihrem Eigeninteresse und ihrer finanziellen Leistungskraft an der Finanzierung beteiligen müssen.

23 Verpachtung staatlicher Fischereirechte

Dem Staat entgingen bei der Verpachtung von Fischereirechten an fränkischen Seen Einnahmen von mindestens 100 000 €. Zum einen wurde ein höheres Pachtangebot nicht berücksichtigt, zum anderen wurden keine Maßnahmen zur Durchsetzung der Pächterpflichten ergriffen, für die dem Pächter erhebliche Abschläge gewährt worden waren.

24 Vergabe von Bauleistungen beim Neubau eines Landratsamts

Bei dem vom Staat mit 5,6 Mio € geförderten Bau eines Landratsamts sind durch fehlerhafte Vergaben von Bauleistungen vermeidbare Kosten von mindestens 500 000 € entstanden. Von einer Rückforderung anteiliger staatlicher Zuschüsse wurde abgesehen, weil für etwaige vergabefremde Tatbestände strafrechtliche Verjährung eingetreten war und schwere Vergabeverstöße nicht mehr nachgewiesen werden konnten. Der ORH fordert, die erforderlichen Vergabepflichten bei staatlich geförderten Baumaßnahmen zeitnah und sorgfältig vorzunehmen.

Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

25 Behördentankstelle des Landesamts für Maß und Gewicht beim Staatsministerium

Der Betrieb der Behördentankstelle des Landesamts für Maß und Gewicht beim Staatsministerium verursachte von 1998 bis 2002 ein Defizit von 178 000 €. Der ORH hält es für geboten, den Betrieb der Tankstelle einzustellen.

26 Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs

Das Staatsministerium hat von 1994 bis 2001 die Entwicklung eines Informations- und Reservierungssystems für den bayerischen Fremdenverkehr mit 3,4 Mio € am Bedarf und Interesse der Zielgruppe vorbei gefördert. Es hat die Förderung mangelhaft koordiniert und selbst dann noch fortgesetzt, als sich angesichts fehlender Resonanz das Scheitern des Projekts abzeichnete. Mitte 2001 wurde die Nutzung des Systems unentgeltlich auf eine kommerzielle Agentur übertragen.

27 Kooperationsförderung im ÖPNV

Eine Querschnittsuntersuchung ergab, dass die Kooperationsförderung auf einer ungeeigneten Bemessungsgrundlage und fehlerhaften, unvollständigen und nicht prüfbareren Ermittlungen beruht. Der ORH hält es deshalb für angezeigt, diese Förderung in die ÖPNV-Zuweisungen nach Art. 27 BayÖPNVG einzubeziehen.

28 Zuwendungen für einen Zentralen Omnibusbahnhof

Eine Stadt hatte mit einer Versicherungsgesellschaft vereinbart, sich die Kosten eines 1,32 Mio € teuren Zentralen Omnibusbahnhofs zu teilen, sofern keine staatliche Förderung gewährt würde. In Unkenntnis dieses Vertrags bewilligte der Staat eine Zuwendung von 904 000 €, wodurch der vertraglich vereinbarte Anteil der Versicherungsgesellschaft zu 100 % durch die ÖPNVFörderung ersetzt wurde. Aufgrund der Feststellungen des ORH hat die Stadt inzwischen den gesamten Zuschuss zurückgezahlt.

Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

29 Förderung der Fischerei aus Mitteln der Fischereiabgabe

Die Lebensräume für zahlreiche Fischarten könnten durch gewässerbauliche Maßnahmen nachhaltig verbessert werden. Obwohl sich über Jahre Mittel aus der Fischereiabgabe in Höhe von 5,3 Mio € angesammelt haben, wurden sie nicht für zentrale fischereiliche Zwecke verwendet. Stattdessen wurden 1999 und 2000 für 615 000 € Fische eingesetzt und für 379 000 € eine Verbandszeitung gefördert.

30 Förderung der Betreuung bei landwirtschaftlichen Investitionsvorhaben

Die kostspielige Betreuerhonorierung und die geleistete Betreuung stehen in keinem angemessenen Verhältnis. Die staatliche Mehrheitsbeteiligung an einer Betreuungsgesellschaft steht einer wirtschaftlichen Handhabung der staatlichen Förderung der Betreuung im Wege. Die Pflichtbetreuung und die staatliche Beteiligung an einer Betreuungsgesellschaft sollten aufgegeben werden.

31 Bayerische Landessiedlung GmbH

Die Bayerische Landessiedlung GmbH hat sich nach Abwicklung der ihr nach dem Krieg übertragenen staatlichen Aufgaben im Laufe der Zeit zu einem im freien Wettbewerb tätigen Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Das Beteiligungsinteresse des Staates ist entfallen. Deshalb empfiehlt der ORH eine Veräußerung der staatlichen Mehrheitsbeteiligung.

Der ORH hält ferner die Vorgehensweise bei der Besetzung der Geschäftsführung nicht für sachgerecht.

**Staatsministerium für
Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen**

32 Pauschale Förderung nach dem Bayerischen Krankenhausgesetz

Die Verteilung der pauschalen Fördermittel für kurzfristige Anlagegüter von jährlich 179 Mio € erfolgt weitgehend formal nach der Zahl der Planbetten. Wirtschaftlich notwendige Bettenreduzierungen wurden durch diese Bezugsgröße in der Vergangenheit behindert. Das neue Vergütungssystem (Fallpauschalengesetz) macht es dringend erforderlich, die Pauschalförderung nach leistungsbezogenen Kriterien zu bemessen.

**Staatsministerium für
Gesundheit, Ernährung und
Verbraucherschutz**

33 Gesundheitsinformationsdienst

Ein international operierender Medienkonzern plante, in Deutschland über eine Tochtergesellschaft mit einem medizinischen Online-Dienst an den Markt zu gehen. Trotz der Leistungsfähigkeit und des erheblichen Eigeninteresses des hinter der Zuwendungsempfängerin stehenden Konzerns wurden während der einjährigen Aufbauphase des Gesundheitsinformationsdienstes sämtliche Kosten vom Freistaat getragen. Bereits wenige Monate nach dem Auslaufen der Förderung wanderte der Online-Dienst nach Berlin ab.

Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen

34 Förderung von Freibädern

Das Staatsministerium förderte wiederholt Freibäder, die die Fördervoraussetzungen nicht erfüllten. Dadurch wurde der Staatshaushalt mit vermeidbaren Ausgaben von mindestens 4 Mio € belastet.

35 Gewässer zweiter Ordnung

Die Zuständigkeit für die Gewässer zweiter Ordnung, die derzeit bei den Bezirken liegt, sollte dem Staat übertragen werden, weil dadurch ohne qualitative Einbußen unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden würde.

Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

36 Zuschüsse für Veranstaltungen im Medienbereich

Die Prüfung der staatlichen Zuschüsse für die Veranstaltung von „Bayerischen Abenden“ am Rande amerikanischer Medienmessen in den Jahren 1994 bis 1997 und einer medienwirtschaftlichen Kontaktreise nach China 1997 hat Verstöße gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gezeigt. Obwohl mehrere Vertreter des Zuwendungsgebers jeweils an den Reisen teilnahmen, hat sich der Staat über Jahre hinweg ohne Beanstandung und mit wachsenden Finanzierungsanteilen an den hohen Kosten beteiligt.

37 Theologie an den Universitäten in Bayern

Die Studentenzahlen im Bereich der Theologie sind in den letzten Jahren weiter drastisch gesunken und stehen in deutlichem Gegensatz zu den nach wie vor hohen Kapazitäten. Die Staatsregierung sollte Verhandlungen mit den Kirchen mit dem Ziel einer Reduzierung von theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten aufnehmen.

38 Einsatz der Informationstechnik bei den Universitätsklinika

Bei den Klinika werden immer noch unterschiedliche IT-Verfahren zur Unterstützung der administrativen Aufgaben eingesetzt und Synergien nicht genutzt. Durch Konsolidierung der Verfahren und insbesondere durch Bündelung der IT-Ressourcen ließen sich jährliche Einsparungen in der Größenordnung von 10 Mio € erreichen.

39 Beschaffung von Blutprodukten durch die staatlichen Klinika

Infolge von Absprachen zwischen Blutspendediensten ist es den staatlichen Klinika in Bayern nicht möglich, in nennenswertem Umfang Blutprodukte aus dem übrigen Bundesgebiet zu beziehen. Als Folge dieser wettbewerbsbeschränkenden Gebietsabgrenzung können die staatlichen Klinika jährliche Einsparmöglichkeiten in Millionenhöhe nicht nutzen. Da hierzu geführte Verhandlungen des Staatsministeriums mit dem Blutspendedienst des Bayerischen Roten Kreuzes erfolglos blieben, schlägt der ORH vor, die Zulässigkeit dieser Absprachen durch das Bundeskartellamt prüfen zu lassen.

40 Abrechnung von Drittmittelprojekten

Bei zwei vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojekten hat ein Lehrstuhl die Bewilligungsbedingungen nicht beachtet. Dies führte zulasten des Freistaats Bayern zu einer Rückzahlung von 0,6 Mio €, die bei korrekter Abwicklung vom Bund bezahlt worden wären.

Der ORH empfiehlt, die Hochschulverwaltung bei der Abwicklung von Drittmittelprojekten zu beteiligen und entsprechende Richtlinien zu erlassen.

41 Kosten interner Notfalleinsätze und Krankentransporte an den Universitätsklinika Erlangen und Würzburg

Durch die dezentrale Struktur ergeben sich an den Universitätsklinika Erlangen und Würzburg für interne Notfalleinsätze und Krankentransporte jährliche Kosten in Millionenhöhe. Ein Staatliches Rechnungsprüfungsamt hat Vorschläge zur Verbesserung der Organisation und Wirtschaftlichkeit des Transportwesens unterbreitet. Weitere Einsparungen wären zu erwarten, wenn diese Fahrten aus dem Geltungsbereich des Rettungsdienstgesetzes ausgenommen würden und im freien Wettbewerb vergeben werden könnten.

42 Dienstaufsicht an der Universität Regensburg

Die Universität Regensburg hat über 15 Jahre hinweg in einem schwerwiegenden Fall ihre dienstaufsichtlichen Pflichten verletzt.

43 Staatstheater am Gärtnerplatz

Die Besucherzahlen beim Staatstheater am Gärtnerplatz sind rückläufig. Sie lagen in der Spielzeit 2000/2001 um 26 900 (12,7 %) niedriger als 1994/1995 und erreichten damit das niedrigste Niveau seit 20 Jahren. Besonders drastisch war der Besucherrückgang beim Ballett. Die staatliche Bühne verlor hier innerhalb von sechs Jahren ein Drittel des Publikums.

Der ORH hält es für dringend erforderlich, ein Konzept zu entwickeln, das dem Staatstheater am Gärtnerplatz den notwendigen Besucherzuspruch wieder verschafft und regt an, den Bereich Ballett/Tanztheater in das Bayerische Staatsballett einzugliedern.

Staatskanzlei

44 Initiative BayernOnline

Mit der Initiative BayernOnline der Staatsregierung, für die 76 Mio € aus Privatisierungserlösen und mindestens weitere 100 Mio € aus allgemeinen Haushaltsmitteln zur Verfügung standen, sollte ein Hochgeschwindigkeitsnetz (Bayernnetz) aufgebaut und der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologie beschleunigt werden.

Wesentliche Ziele, die mit dem Bayernnetz verfolgt wurden, wie die Integration der verschiedenen Netze und die Vereinigung der Sprach- und Datenkommunikation, wurden nicht erreicht. Durch unwirtschaftliches Handeln sind allein in diesem Bereich unnötige Ausgaben von 8,5 Mio € entstanden. Bei der Realisierung wurde in erheblichem Umfang gegen das Vergabe- und Haushaltsrecht verstoßen.

45 Einführung eines terrestrischen digitalen Hörfunks - Pilotprojekt DAB

In den letzten 15 Jahren wurden weit über 200 Mio € aus Rundfunkgebühren sowie Landes-, Bundes- und EU-Haushaltsmitteln eingesetzt, um ein inzwischen fast ganz Deutschland abdeckendes digitales terrestrisches Hörfunksystem (DAB) zu schaffen. Bundesweit sind für diese neue Technik bisher nur etwa 15 000 Hörfunkgeräte verkauft worden.

C. Angelegenheiten nach Art. 99 BayHO

46 Zuschüsse an die Fraktionen

Die insbesondere in den Haushaltsjahren 1999 und 2000 deutlich gestiegenen Zuschüsse haben dazu beigetragen, dass die Fraktionen erhebliche Rücklagen aufbauen konnten. Nach Auffassung des ORH ist die künftige Erhöhung der Zuschüsse zu begrenzen.

Für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit hat der ORH an Beispielen aufgezeigt, wo hinsichtlich der Mittelverwendung künftig eine noch sorgfältigere Grenzziehung zwischen Fraktions- und Parteiarbeit erforderlich ist.

Zu den verfassungsrechtlich umstrittenen Vergütungen an Fraktionsmitglieder mit besonderen Funktionen regt der ORH an, eine einheitliche und länderübergreifende Lösung zu suchen.